

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 97 — 1324

[C — 97/33066]

20. MAI 1997 — Programmdekret 1997 (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Unterricht und Ausbildung

Abschnitt 1 — Abweichungen vom Dekret vom 18. April 1994

zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen

Artikel 1 - Die in der Anlage unter Punkt 6 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen enthaltenen Beträge werden für das Schuljahr 1996-1997 und das Schuljahr 1997-1998 um 20 % gekürzt und für das Schuljahr 1996-1997 nicht in Anwendung von Artikel 7 desselben Dekretes indiziert.

Unbeschadet der Bestimmung des vorhergehenden Absatzes erfolgt in Abweichung von Artikel 7 desselben Dekretes die Erhöhung aller im Dekret festgelegten Beträge der Subventionen für das Schuljahr 1996-1997 und das Schuljahr 1997-1998 anhand folgender Indexierung:

1. Als Basisindex gilt der Index des Monats September 1992 (113,17);
2. als neuer Index gilt der Index des Monats September 1995 (120,64).

Abschnitt 2 — Ergänzung des Programmdekretes vom 4. März 1996

Art. 2 - Artikel 15 des Programmdekretes vom 4. März 1996 wird um folgenden Absatz ergänzt:

« Für Unterrichtseinrichtungen, die ab dem Schuljahr 1991-1992 von einem Lyzeum in ein Athenäum umgewandelt worden sind, wird die in Anwendung von Absatz 1 ermittelte Gesamtzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson um 9,7 % erhöht.

Abschnitt 3 — Berechnung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson

der Unterrichtseinrichtungen des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I für das Schuljahr 1997-1998

Art. 3 - § 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels versteht man unter:

1. Unterrichtsstunden/Lehrperson: die Zahl der Unterrichtsstunden, die wöchentlich dem Unterricht und den anderen Leistungen, die im Unterrichtsstundenplan einbegriffen werden können, gewidmet werden, unter Ausschluß der Unterrichte in Religion und in nichtkonfessioneller Sittenlehre;

2. Erster Stufe: die erste Stufe des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I, das heißt das erste Jahr A, das zweite gemeinsame Jahr, das erste Jahr B und das zweite Jahr des berufsbildenden Unterrichts;

3. zweiter Stufe: die zweite Stufe des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I, einschließlich des Fortbildungsjahres und/oder Spezialisierungsjahres, das der zweiten Stufe folgt;

4. dritter Stufe: die dritte Stufe des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I, einschließlich des Fortbildungsjahres und/oder Spezialisierungsjahres sowie des 7. Jahres im berufsbildenden Unterricht zur Erlangung des Abschlußzeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, das der dritten Stufe folgt;

5. technischem Übergangsunterricht der Gruppe A in der zweiten und dritten Stufe: der technische Übergangsunterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a) Informatik;
- b) Musikhumaniora;
- c) Handelstechnik;
- d) Sport-Tennis;
- e) Humanwissenschaften;

6. technischem Übergangsunterricht der Gruppe B in der zweiten und dritten Stufe: der technische Übergangsunterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a) Elektromechanik;

7. technischem Befähigungsunterricht der Gruppe A in der zweiten und dritten Stufe: der technische Befähigungsunterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a) Moderne Sprachen und Kommunikation;
- b) Sekretariat und Sprachen;
- c) Touristik und angewandte Wirtschaftswissenschaften;
- d) Touristik- und angewandte Verwaltungsinformatik;
- e) Handel und Bürotik;

(1) *Sitzungsperiode 1996-1997*

Dokumente des Rates: 78 (1996-1997) Nr. 1. — Dekretentwurf

78 (1996-1997) Nr. 1-12. — Abänderungsvorschläge

78 (1996-1997) Nr. 13. — Bericht

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 20. Mai 1997

- f)* Verwaltung/Organisation/Bürotik;
- g)* Dienstleistungen im Sozialbereich;
- h)* Tätigkeiten im Dienstleistungssektor;
- i)* Sekretariat;
- j)* Erziehung;

8. technischem Befähigungsunterricht der Gruppe B in der zweiten und dritten Stufe: der technische Befähigungsunterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a)* angewandte visuelle Kunst und Grafik;
- b)* Biotechnik;
- c)* Chemie-Biochemie;
- d)* Elektromechanik;
- e)* Elektrotechnik - Elektronik;
- f)* Industrie - Elektrotechnik;
- g)* Industrie - Elektronik;
- h)* Schreinerei;
- i)* Bauzeichnen und öffentliche Arbeiten;
- j)* Landwirtschaft;
- k)* Elektrotechnik;
- l)* Mechanik;
- m)* Holz - Schreinerei;
- n)* Industrieelektronik;

9. berufsbildendem Unterricht der Gruppe A in der zweiten und dritten Stufe: der berufsbildende Unterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a)* Bürokaufleute;
- b)* Büroarbeiten;
- c)* Bürowesen;
- d)* Bürowesen - EDV;

10. berufsbildendem Unterricht der Gruppe B in der zweiten und dritten Stufe: der berufsbildende Unterricht, der folgende Abteilungen beinhaltet:

- a)* Familien- und Sozialhilfe;
- b)* Schreinerei;
- c)* Hilfskoch und soziale Restauration;
- d)* Kochkunst;
- e)* Gastronomie - Hotelgewerbe;
- f)* Frisörgelhilfe;
- g)* Frisör;
- h)* Metallkonstruktionen - Schweißen;
- i)* Zerspanungsmechanik;
- j)* Zerspanungsmechanik - CNC;
- k)* Bau- und Industrieschreinerei;
- l)* Landwirtschaft;
- m)* Elektrotechnik und Metall;
- n)* Elektroinstallationen;
- o)* Mechanik;
- p)* Holz - Schreinerei;
- q)* Holzverarbeitung;
- r)* KFZ - Elektromechanik;
- s)* Diesel, Hydraulik, Pneumatik;
- t)* Dienstleistungen Personen,
- u)* Familien- und Sanitätshilfe;
- v)* Bekleidungswesen;
- w)* Bekleidung/Umänderung/Verkauf.

§ 2 - Für das Schuljahr 1997-1998 entspricht die Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson einer Unterrichtseinrichtung des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I in Abweichung von Artikel 2 und 3 des Dekretes vom 5. Juni 1990 zur Festlegung der Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson im Vollzeitsekundarunterricht des Typs I folgenden Berechnungen, wobei die jeweiligen Resultate aufgerundet werden:

1. In der ersten Stufe wird die Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson für das erste Jahr A und das zweite gemeinsame Jahr wie folgt ermittelt:

a) Für jede angefangene Gruppe aus 21 regulären Schülern, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in den beiden vorerwähnten Studienjahren eingeschrieben waren, erhält die Unterrichtseinrichtung 20 Stunden;

b) zusätzlich erhält sie bis zum 90. Schüler einschließlich 0,9 Stunden je Schüler sowie 0,4 Stunden für jeden weiteren Schüler.

2. In der ersten Stufe wird die Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson für das erste Jahr B und das zweite Jahr des berufsbildenden Unterrichts wie folgt ermittelt:

a) Für jede angefangene Gruppe aus 12 regulären Schülern, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in den beiden vorerwähnten Studienjahren eingeschrieben waren, erhält die Unterrichtseinrichtung 20 Stunden;

b) zusätzlich erhält sie bis zum 40. Schüler einschließlich 1,4 Stunden je Schüler sowie 0,7 Stunden für jeden weiteren Schüler.

3. Zusätzlich zu dem in den Punkten 1 und 2 ermittelten Stundenkapital erhält jede Unterrichtseinrichtung des Vollzeitsekundarunterrichts des Typs I für das Schuljahr 1997-1998 für die allgemeine pädagogische Organisation und Koordination eine Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson, die wie folgt ermittelt wird:

a) Jeder Unterrichtseinrichtung werden 5 Unterrichtsstunden/Lehrperson gewährt;

b) zusätzlich erhält sie für jeden regulären Schüler, der am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in der ersten Stufe eingeschrieben war, 0,05 Stunden.

4. Für den allgemeinbildenden Unterricht wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der zweiten Stufe eingeschrieben waren, bis zum 40. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

5. für den allgemeinbildenden Unterricht wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der dritten Stufe eingeschrieben waren, bis zum 40. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

6. für den technischen Übergangsunterricht oder den technischen Befähigungsunterricht der Gruppe A wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in diesen Unterrichtsformen in der zweiten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,3 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

7. für den technischen Übergangsunterricht oder den technischen Befähigungsunterricht der Gruppe B wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in diesen Unterrichtsformen in der zweiten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 4,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 3,3 multipliziert;

8. für den technischen Übergangsunterricht oder den technischen Befähigungsunterricht der Gruppe A wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in diesen Unterrichtsformen in der dritten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,3 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

9. für den technischen Übergangsunterricht oder den technischen Befähigungsunterricht der Gruppe B wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in diesen Unterrichtsformen in der dritten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 4,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 3,3 multipliziert;

10. für den berufsbildenden Unterricht der Gruppe A wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der zweiten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

11. für den berufsbildenden Unterricht der Gruppe B wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der zweiten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 4,1 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 3,3 multipliziert;

12. für den berufsbildenden Unterricht der Gruppe A wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der dritten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, mit Ausnahme des 7. Jahres im berufsbildenden Unterricht zur Erlangung des Abschluszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, das der dritten Stufe folgt, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,2 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 1,4 multipliziert;

13. für den berufsbildenden Unterricht der Gruppe B wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in dieser Unterrichtsform in der dritten Stufe in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, mit Ausnahme des 7. Jahres im berufsbildenden Unterricht zur Erlangung des Abschluszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts, das der dritten Stufe folgt, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 4,1 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 3,3 multipliziert;

14. für das 7. Jahr im berufsbildenden Unterricht zur Erlangung des Abschluszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts der Gruppe A und der Gruppe B, das der dritten Stufe folgt, wird die Anzahl regulärer Schüler, die am 30. September des Schuljahres 1996-1997 in diesem Studienjahr in der betreffenden Abteilung eingeschrieben waren, bis zum 20. Schüler einschließlich mit dem Koeffizienten 3,8 und für jeden weiteren Schüler mit dem Koeffizienten 3,3 multipliziert.

Abschnitt 4 — Festlegung des Stundenkapitals sowie Organisation von Kursen in der schulischen Weiterbildung

Art. 4 - § 1 - Die Institute für schulische Weiterbildung erhalten jedes Schuljahr ein Stundenkapital, das dem Stundenkapital des Schuljahres 1996-1997 entspricht. Die Regierung kann dieses Stundenkapital im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel um einen bestimmten Prozentsatz, der für alle Institute gleich sein muß, erhöhen, wobei 10 % nicht überschritten werden dürfen.

Die Übertragung von Stundenkapital zwischen verschiedenen Instituten für schulische Weiterbildung ist zugelassen.

§ 2 - Mittels dieses Stundenkapitals können die Institute für schulische Weiterbildung Kurse organisieren, die von mindestens 8 Schülern besucht werden müssen. Falls Kurse, die sich über mehrere Jahre erstrecken, weniger als 8 Schüler aufweisen, müssen die verschiedenen Jahrgänge so lange zusammengelegt werden, bis die Norm von 8 Schülern erreicht ist. Kurse mit einer Mindestdauer von einem Jahr bzw. erste Jahre aus mehrjährigen Kursen müssen mindestens 8 Schüler aufweisen.

Die Regierung kann festlegen, daß Kurse im technisch-industriellen Bereich von dieser Norm abweichen können.

Falls ein Institut für schulische Weiterbildung einen Kurs eröffnen möchte, der im selben geographischen Raum schon an einem anderen Institut angeboten wird, bedarf diese Schaffung, ungeachtet der Bestimmungen über die Schaffung von Kursen, einer Genehmigung der Regierung.

Falls im selben geographischen Raum derselbe Kurs bereits an mehr als einem Institut für schulische Weiterbildung angeboten wird, kann die Regierung ungeachtet der Bestimmungen über die Schaffung von Kursen und nach Konzertierung mit den betroffenen Instituten, entscheiden, diesen Kurs in einem oder mehreren Instituten nicht weiter zu organisieren bzw. zu subventionieren.

Die im vierten Absatz angeführte Entscheidung unterliegt den Kriterien der Vermeidung der Zusammenlegung verschiedener Jahrgänge zwecks Erreichung der Schülernormen, der Bevorzugung der Beschäftigung von teilzeit- oder vollzeitarbeitslosen Lehrpersonen, der Bevorzugung der Nutzung modernster Lehrmittel unter Zuhilfenahme der technischen und pädagogischen Möglichkeiten neuer Medien, der Bevorzugung von Kursen, die in Zusammenarbeit mit anderen Ausbildungsträgern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten werden, und einer einvernehmlich zwischen den Instituten vorzunehmenden Spezialisierung der jeweiligen Kursangebote.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des § 1 sind Kurse eines Jahrganges, die von mindestens 16 Schülern besucht werden, von den Bestimmungen des vierten Absatzes ausgenommen.

§ 3 - Kurse umfassen entweder 20, 40, 80, 120, 160, 200 oder 240 Stunden jährlich.

§ 4 - Der Königliche Erlaß Nr. 461 vom 17. September 1986 zur Festlegung des Rationalisierungs- und Programmierungsplans für den Fortbildungsunterricht, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 1990, wird aufgehoben.

Abschnitt 5 — Aus- und Weiterbildung im Mittelstand

Art. 5 - Artikel 2 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird wie folgt ergänzt:

« Die Regierung kann die Anwendung des vorliegenden Dekretes auf die von ihr nach Gutachten des Instituts und des subregionalen Ausschusses für Ausbildung und Arbeitsbeschaffung bestimmten Berufe ausdehnen. »

Abschnitt 6 — Organisation der Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung

Art. 6 - Artikel 4 § 2 Absatz 1 Punkt 1 des Dekretes vom 19. Dezember 1988 über die Organisation der Berufsausbildung, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1992, wird aufgehoben.

Art. 7 - § 1 - Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1992, wird folgendermaßen abgeändert:

a) In Punkt 2 werden die Wörter « sowie die Festlegung ihres Statuts » gestrichen;

b) Punkt 6 wird durch einen Punkt mit folgendem Wortlaut ersetzt:

« 6. die Festlegung des für die Ausführung der gemeinsamen Aufgaben von Region und Gemeinschaft notwendigen Personals; »

§ 2 - Derselbe Artikel wird um folgenden Absatz ergänzt:

« Außerdem muß die Satzung der Einrichtung vorsehen, daß die Bestimmungen des Personalstatuts, die der Einrichtung eigen sind, sowie ihr Stellenplan durch die Wallonische Regierung, nach vorherigem Einverständnis der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, festgelegt werden. »

Art. 8 - Artikel 9 Absatz 1 desselben Dekretes wird folgendermaßen ergänzt:

« Der Erlaß der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch das vorherige Einverständnis der Regierung zum Erlaß der Regierung der Wallonischen Region ersetzt werden, wenn die Satzung der Einrichtung öffentlichen Interesses dies vorsieht. »

Art. 9 - Im Dekret vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen wird nach Artikel 7 ein Artikel 7bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 7bis - § 1 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann den in Artikel 3 Punkt 2 des Dekretes vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung erwähnten anerkannten Schuldnerberatungsstellen Zuschüsse zu den Personalkosten für das dort beschäftigte Verwaltungs- und Koordinationspersonals gewähren, deren Höhe durch die jeweiligen Mittel begrenzt wird, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu diesem Zweck im Rahmen arbeitsbeschaffender Maßnahmen von anderen offiziellen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

§ 2 - Als Personalkosten, für die Zuschüsse gewährt werden können, gelten der Bruttobetrag des Gehaltes, das Urlaubsgeld, die in der zuständigen Paritätischen Kommission vereinbarte Jahresendgratifikation und die Arbeitsunfallversicherung der beschäftigten Personalmitglieder, die eine verwaltungstechnische oder koordinierende Funktion ausüben, sowie die vom Arbeitgeber in Anwendung der Gesetzgebung über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zu entrichtenden Beiträge.

§ 3 - Um Zuschüsse zu den Personalkosten für Verwaltungs- und Koordinationspersonal erhalten zu können, müssen die Einstufung dieses Personals durch den Arbeitgeber und die daraus resultierende Mindesthöhe des Gehaltes den Richtlinien der zuständigen Paritätischen Kommission entsprechen.

§ 4 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft legt die Art der Unterlagen fest, die zwecks Bewilligung und Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse einzureichen sind, die Fristen, in denen sie einzureichen sind, die Bedingungen für die Gewährung von Vorschüssen sowie die Bedingungen, unter denen ein jährlicher Zuschuß für mehr als eine Verwaltungs- oder Koordinationsperson pro Vereinigung gewährt werden kann. »

KAPITEL II — Kultur

Abschnitt 1 — Öffentliche Bibliotheken

Art. 10 - In Artikel 20 des Dekretes vom 15. Juni 1994 über öffentliche Bibliotheken wird folgender Absatz eingefügt:
« Die Regierung kann diesen Prozentsatz für die Kategorien II und III auf maximal 75 %, für die Kategorie I auf maximal 85 % erhöhen. »

Art. 11 - In Artikel 22 desselben Dekretes wird die Zahl '70' durch die Zahl '90' ersetzt.

Abschnitt 2 — Tourismus

Art. 12 - § 1 - In Artikel 4 Nr. 1 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 16. Juni 1980 zwecks Festlegung der Bedingungen, unter denen Werbeausschüsse oder Verkehrsvereine des Gebietes deutscher Sprache anerkannt werden und Funktionszuschüsse erhalten können, wird der Prozentsatz « 50 % » ersetzt durch den Prozentsatz « 15 % ».

§ 2 - Artikel 4 Nr. 2 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« 2. einem Funktionszuschuß für Tourist-Info-Büros, der 60 % der zur Verfügung gestellten Mittel nicht überschreiten darf; dieser Zuschuß wird auf Grundlage der Öffnungszeiten, der Anzahl und der Qualifikation der Personalmitglieder sowie der erbrachten Dienstleistungen berechnet;

3. einem Zuschuß für die Organisation und Durchführung touristischer Veranstaltungen und Animationen, der 25 % der zur Verfügung gestellten Mittel nicht überschreiten darf; dieser Zuschuß wird auf Grundlage der Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen oder Aktivitäten berechnet, wobei zu unterscheiden ist, ob diese in Eigenregie oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisatoren durchgeführt werden. »

Art. 13 - Artikel 6 § 1 des Dekretes vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen wird durch einen vierten Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« Diese Prämie ist im Rahmen der von der Regierung festgelegten Modalitäten innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung bzw. nach der Auszahlung der letzten Rate rückzuerstatten. Diese Bestimmung ist anwendbar auf die Vorhaben, deren Bezuschussungsanträge nach dem 31. März 1997 eingereicht werden. »

Abschnitt 3 — Abänderung des Gesetzes vom 6. Februar 1987 über die Radio- und Fernsehverteilernetze und über die kommerzielle Werbung in Radio- und Fernsehen

Art. 14 - Artikel 12 § 2 des Gesetzes vom 6. Februar 1987 über die Radio- und Fernsehverteilernetze und über die kommerzielle Werbung in Radio und Fernsehen wird aufgehoben.

Abschnitt 4 — Einrichtung eines Haushaltsfonds zur Förderung der Schaffung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten

Art. 15 - Es wird in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Haushaltsfonds zur Förderung der Schaffung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten eingerichtet.

Der Fonds entspricht einem Haushaltsfonds gemäß Artikel 45 der durch Königlichen Erlaß vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetzgebung über das staatliche Rechnungswesen.

Art. 16 - Der Fonds kann über Einnahmen verfügen, insofern diese wegen ihrer Spezifizierung nicht eher einem anderen Haushaltsfonds zuzuordnen sind, entstehend aus:

1. Gebühren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Falle des Verleihs von irgendwelchen Werken im Medienbereich sowie des Verleihs von Gerätschaft und Infrastrukturen in diesem Bereich erhoben werden;

2. Vergütungen, die die Deutschsprachige Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 58 § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1994 über die Urheberrechte und die verwandten Rechte erhält;

3. Abgaben, die von den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Kabelverteilern entrichtet werden.

Art. 17 - Die Mittel des Fonds werden insbesondere für Koproduktionen sowie für die Förderung der Schaffung von audiovisuellen Werken, Klangwerken und Multimediaprodukten verwendet.

Art. 18 - Die Regierung bestimmt einen Rechnungsverantwortlichen, der jährlich einen Bericht über die Situation des Kontos erstattet.

Die Regierung hinterlegt jährlich im Monat Mai im Rat einen Bericht über die einzelnen im Rahmen des Fonds getätigten Einnahmen und Ausgaben sowie über die geförderten Initiativen und die angewandten Bezuschussungskriterien.

Abschnitt 5 — Jugend

Art. 19 - Artikel 3 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 3. Juli 1978 bezüglich der Anerkennungs- und Bezuschussungskriterien für die Jugendorganisationen und Jugendzentren im Gebiet deutscher Sprache wird um einen § 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« § 4 - Vereinigungen, die nicht die in § 2 aufgezählten besonderen Bedingungen erfüllen und deren Zielsetzung entweder darin besteht:

— Jugendlichen den Zugang zu Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten zu erleichtern, die Mobilität der Jugend zu fördern und dadurch eine verstärkte Teilnahme junger Menschen an den Lebensverhältnissen in Europa zu ermöglichen, das Bewußtsein einer gemeinsamen europäischen Identität zu stärken und das Verständnis für die soziale und kulturelle Vielfalt Europas zu erweitern,

— oder das Interesse der Jugendlichen für kulturelle Ausdrucksformen zu wecken und jungen Künstlern eine alternative Möglichkeit zu bieten, sich öffentlich zu produzieren,

können ebenfalls als Organisation der deutschsprachigen Jugend anerkannt werden. »

KAPITEL III — Familie Und Soziales

Abschnitt 1 — Öffentliche Sozialhilfezentren

Art. 20 - Artikel 56 § 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« § 2 - Der Sozialhilferat kann auch das erforderliche Personal einstellen, um dringende oder unvorhergesehene Aufgaben auszuführen; dies kann gegebenenfalls außerhalb der Grenzen des Stellenplans erfolgen. »

Abschnitt 2 — Jugendhilfe

Art. 21 - In Artikel 19 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

« Die Regierung kann natürliche oder juristische Personen im Rahmen eines Vertrages mit den Aufgaben des Jugendhilfedienstes beauftragen. Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels finden Anwendung auf diese Personen. »

Art. 22 - In Artikel 26 § 1 desselben Dekretes wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2 folgender Absatz eingefügt:

« Die Regierung kann natürliche oder juristische Personen im Rahmen eines Vertrages mit den Aufgaben des Jugendgerichtsdienstes beauftragen. Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels finden Anwendung auf diese Personen. »

In Artikel 26 § 1 Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge « Artikel 19 Absatz 2 » durch die Wortfolge « Artikel 19 Absatz 3 » ersetzt.

Art. 23 - § 1 - In Artikel 27 § 3 desselben Dekretes wird die Wortfolge « höchstens sieben Tagen » durch die Wortfolge « höchstens vierzehn Tagen » und die Wortfolge « nach drei Tagen » durch die Wortfolge « nach sieben Tagen » ersetzt.

§ 2 - In Artikel 27 desselben Dekretes wird ein § 4 eingefügt, der wie folgt lautet:

« § 4 - In Abweichung von § 1 kann das Jugendgericht in folgenden Fällen direkt vom Prokurator des Königs mit einer Jugendsache befaßt werden:

1. wenn der Verdacht auf eine Straftat eines Volljährigen an einem Jugendlichen besteht und eine Maßnahme zum Schutz dieses Jugendlichen erforderlich erscheint;

2. wenn das Jugendgericht bereits mit einer Jugendakte aufgrund des vorliegenden Dekretes oder des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz befaßt ist und der Prokurator des Königs eine Maßnahme für einen anderen Jugendlichen der gleichen Familie für notwendig erachtet;

3. wenn vor weniger als einem Jahr eine Maßnahme für einen Jugendlichen am Jugendgericht beendet wurde und erneut eine Maßnahme für den gleichen Jugendlichen notwendig erscheint. »

Art. 24 - Artikel 28 desselben Dekretes wird folgendermaßen ergänzt:

« 13. den Jugendlichen für höchstens zwei Jahre nur einem der Elternteile anvertrauen. »

Art. 25 - In Artikel 30 Absatz 2 desselben Dekretes werden die Wörter « und 12 » ersetzt durch die Wörter « 12 und 13 ».

Art. 26 - In dasselbe Dekret wird ein Artikel 32bis eingefügt, der wie folgt lautet:

« Artikel 32bis - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung die Finanzierung sowie die Bedingungen, unter denen die in Artikel 32 erwähnten Personen ihre Aufgabe erfüllen, unter den von ihr festgelegten Bedingungen in einem Geschäftsführungsvertrag festlegen. »

Art. 27 - Der einleitende Satzteil von Artikel 37 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Satzteil ersetzt:

« Unbeschadet der Anwendung von Artikel 32bis legt die Regierung die Bedingungen fest. ».

KAPITEL IV — Radio- und Fernsehgebühren

Art. 28 - In Anwendung von Artikel 5bis § 5 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen wird die Regierung ermächtigt, die von der Gemeinschaft vorzunehmende Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren nach den von ihr festgelegten Verfahrensregeln wahrzunehmen.

KAPITEL V — Inkrafttreten

Art. 29 - Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen tritt das vorliegende Dekret am Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Art. 30 - Die Regierung legt das Datum des Inkrafttretens der Artikel 6 und 7 fest und ermöglicht gegebenenfalls dessen Übereinstimmung mit dem Datum des Inkrafttretens analoger Vorschriften der Wallonischen Region.

Art. 31 - Die Artikel 1 und 2 werden am 2. September 1996 wirksam.

Artikel 3 und 4 treten am ersten Schultag des Schuljahres 1997-1998 in Kraft.

Artikel 28 wird am 1. Januar 1997 wirksam.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 20. Mai 1997

J. MARAITE

Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus

K.-H. LAMBERTZ

Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales

W. SCHRÖDER

Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung, Denkmäler und Landschaften

TRADUCTION
 MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 97 — 1324

[C - 97/33066]

20 MAI 1997. — Décret-programme 1997 (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — *Enseignement et formation*

Section 1re. — Dérogations au décret du 18 avril 1994
 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné

Article 1^{er}. Les montants figurant au point 6° de l'annexe du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné sont réduits de 20 % pour l'année scolaire 1996-1997 et l'année scolaire 1997-1998 et ne sont pas indexés en application de l'article 7 du même décret pour l'année 1996-1997.

Sans préjudice de la disposition de l'alinéa précédent et par dérogation à l'article 7 du même décret, tous les montants de subventions fixés dans le décret seront, pour l'année scolaire 1996-1997 et l'année scolaire 1997-1998, majorés sur la base de l'indexation suivante :

1° l'indice du mois de septembre 1992 (113,17) sert d'indice de base;

2° l'indice du mois de septembre 1995 (120,64) sert de nouvel indice.

Section 2. — Complément au décret-programme du 4 mars 1996

Art. 2. L'article 15 du décret-programme du 4 mars 1996 est complété par l'alinéa suivant :

« Pour les lycées qui ont été transformés en athénées à partir de l'année scolaire 1991-1992, le nombre total de périodes-professeur déterminé en application de l'alinéa 1er est majoré de 9,7 %. »

Section 3. — Calcul du nombre de périodes-professeur
 pour les établissements d'enseignement secondaire de plein exercice de type I pour l'année scolaire 1997-1998

Art. 3. § 1er. Pour l'application du présent article, on entend par :

1° périodes-professeur : le nombre de périodes consacrées hebdomadairement à l'enseignement et aux autres prestations qui peuvent être reprises dans la grille horaire des cours, à l'exception des cours de religion et de morale non confessionnelle.

2° premier degré : le premier degré de l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, à savoir la première année A, la deuxième année commune, la première année B et la deuxième année d'enseignement professionnel;

3° deuxième degré : le deuxième degré de l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, y compris l'année de perfectionnement et/ou spécialisation accomplie au terme du deuxième degré;

4° troisième degré : le troisième degré de l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, y compris l'année de perfectionnement et/ou spécialisation ainsi que la septième année d'enseignement professionnel visant l'obtention du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur, années accomplies au terme du troisième degré;

5° enseignement technique de transition du groupe A aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement technique de transition comprenant les sections suivantes :

- a) informatique;
- b) humanités musicales;
- c) technique commerciale;
- d) sport-tennis;
- e) sciences humaines;

6° enseignement technique de transition du groupe B aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement technique de transition comprenant les sections suivantes :

- a) électromécanique;

7° enseignement technique de qualification du groupe A aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement technique de qualification comprenant les sections suivantes :

- a) langues modernes et communication;
- b) secrétariat et langues;
- c) tourisme et sciences économiques appliquées;
- d) informatique touristique et administrative appliquée;
- e) commerce et bureautique;
- f) administration/organisation/bureautique;
- g) prestations dans le secteur social;
- h) activités tertiaires;
- i) secrétariat;
- j) éducation;

8° enseignement technique de qualification du groupe B aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement technique de qualification comprenant les sections suivantes :

(1) *Session 1996-1997*

Documents du conseil : 78 (1996-1997) n° 1. — *Projet de décret.*

78 (1996-1997) n° 1-12. — *Propositions d'amendement.*

78 (1996-1997) n° 13. — *Rapport.*

Compte rendu intégral. — *Discussion et vote.* Séance du 20 mai 1997.

- a) arts visuels appliqués et arts graphiques;
- b) biotechnique;
- c) chimie - biochimie;
- d) électromécanique;
- e) électricité/électrotechnique - électronique;
- f) électricité/électrotechnique industrielle;
- g) électronique industrielle;
- h) menuiserie;
- i) dessin architectural et travaux publics;
- j) agriculture;
- k) électricité/électrotechnique;
- l) mécanique;
- m) bois - menuiserie;
- n) électricité/électrotechnique industrielle;

9° enseignement professionnel du groupe A aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement professionnel comprenant les sections suivantes :

- a) secrétaires commerciaux/agents commerciaux;
- b) travaux de bureau;
- c) emplois de bureau;
- d) emplois de bureau - informatique;

10° enseignement professionnel du groupe B aux deuxième et troisième degrés : l'enseignement professionnel comprenant les sections suivantes :

- a) aide familiale et sociale;
- b) menuiserie;
- c) aide-cuisinier(ère) et cuisine pour collectivités;
- d) art culinaire;
- e) gastronomie - techniques hôtellerie;
- f) aide-coiffeur(euse);
- g) coiffure;
- h) constructions métalliques - soudure;
- i) mécanique de l'enlèvement des copeaux;
- j) mécanique de l'enlèvement des copeaux - CNC;
- k) menuiserie de bâtiment et menuiserie industrielle;
- l) agriculture;
- m) électrotechnique et métaux;
- n) installations électriques;
- o) mécanique;
- p) bois - menuiserie;
- q) travail du bois;
- r) garage - électromécanique;
- s) diesel, hydraulique, pneumatique;
- t) services aux personnes;
- u) éducation familiale et sanitaire;
- v) habillement;
- w) habillement/retouche/vente.

§ 2. Pour l'année scolaire 1997-1998 et par dérogation aux articles 2 et 3 du décret du 5 juin 1990 fixant le nombre de périodes-professeur pour l'enseignement secondaire de plein exercice de type I, le nombre de périodes-professeur d'un établissement d'enseignement secondaire de plein exercice de type I est établi en effectuant les calculs suivants, dont les résultats seront arrondis :

1° Dans le premier degré, le nombre de périodes-professeur accordé pour la première année A et la deuxième année commune est calculé comme suit :

- a) pour tout groupe entamé de 21 élèves régulièrement inscrits dans les deux années d'études précitées au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997, l'établissement d'enseignement reçoit 20 périodes;
- b) il reçoit en plus 0,9 période par élève jusqu'à 90 élèves inclus et 0,4 période pour tout élève supplémentaire.

2° Dans le premier degré, le nombre de périodes-professeur accordé pour la première année B et de la deuxième année d'enseignement professionnel est calculé comme suit :

a) pour tout groupe entamé de 12 élèves régulièrement inscrits dans les deux années d'études précitées au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997, l'établissement d'enseignement reçoit 20 périodes;

b) il reçoit en plus 1,4 périodes par élève jusqu'à 40 élèves inclus et 0,7 période pour tout élève supplémentaire.

3° Pour l'année scolaire 1997-1998, chaque établissement d'enseignement secondaire de plein exercice de type I reçoit en supplément au capital périodes calculé conformément aux points 1 et 2, un nombre de périodes-professeur calculé comme suit pour l'organisation et la coordination pédagogique générale :

a) chaque établissement d'enseignement reçoit 5 périodes-professeur;

b) il reçoit en plus 0,05 période pour tout élève régulièrement inscrit dans le premier degré au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997.

4° pour l'enseignement général, le nombre d'élèves régulièrement inscrits au deuxième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,2 jusqu'à 40 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

5° pour l'enseignement général, le nombre d'élèves régulièrement inscrits au troisième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,2 jusqu'à 40 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

6° pour l'enseignement technique de transition ou l'enseignement technique de qualification du groupe A, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au deuxième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,3 jusqu'à 20 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

7° pour l'enseignement technique de transition ou l'enseignement technique de qualification du groupe B, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au deuxième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 4,2 jusqu'à 20 élèves inclus et 3,3 pour tout élève supplémentaire;

8° pour l'enseignement technique de transition ou l'enseignement technique de qualification du groupe A, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au troisième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,3 jusqu'à 20 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

9° pour l'enseignement technique de transition ou l'enseignement technique de qualification du groupe B, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au troisième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 4,2 jusqu'à 20 élèves inclus et 3,3 pour tout élève supplémentaire;

10° pour l'enseignement professionnel du groupe A, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au deuxième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,2 jusqu'à 20 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

11° pour l'enseignement professionnel du groupe B, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au deuxième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 4,1 jusqu'à 20 élèves inclus et 3,3 pour tout élève supplémentaire;

12° pour l'enseignement professionnel du groupe A, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au troisième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997, à l'exception, au terme du troisième degré, de la septième année d'enseignement professionnel visant l'obtention du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur, est multiplié par le coefficient 3,2 jusqu'à 20 élèves inclus et 1,4 pour tout élève supplémentaire;

13° pour l'enseignement professionnel du groupe A, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au troisième degré de cette forme d'enseignement au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997, à l'exception, au terme du troisième degré, de la septième année d'enseignement professionnel visant l'obtention du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur, est multiplié par le coefficient 4,1 jusqu'à 20 élèves inclus et 3,3 pour tout élève supplémentaire;

14° pour la septième année de l'enseignement professionnel accomplie au terme du troisième degré et visant l'obtention du certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur des groupes A et B, le nombre d'élèves régulièrement inscrits dans la section concernée au 30 septembre de l'année scolaire 1996-1997 est multiplié par le coefficient 3,8 jusqu'à 20 élèves inclus et 3,3 pour tout élève supplémentaire.

Section 4. — Fixation du capital-périodes et organisation de cours dans la formation scolaire continuée

Art. 4. § 1er. Les instituts de formation scolaire continuée reçoivent chaque année scolaire un capital-périodes qui correspond au capital-périodes de l'année scolaire 1996/97. Le Gouvernement peut, dans le cadre des crédits budgétaires disponibles, augmenter ce capital-périodes d'un pourcentage qui doit être le même pour tous les instituts et ne peut excéder 10 %.

Le transfert d'un capital-périodes entre différents instituts de formation scolaire continuée est autorisé.

§ 2. Ce capital-périodes permet aux instituts de formation scolaire continuée d'organiser des cours qui doivent être fréquentés par 8 élèves au moins. Si des cours s'étalant sur plusieurs années comptent moins de 8 élèves, les différentes années seront regroupées jusqu'à ce que la norme de 8 élèves soit atteinte. Les cours durant au moins un an ou la première année de cours qui s'étalent sur plusieurs années doivent compter au moins 8 élèves.

Le Gouvernement peut fixer une dérogation à cette norme pour les cours dispensés dans le domaine technico-industriel.

Si un institut de formation scolaire continuée souhaite organiser un cours déjà dispensé par un autre institut dans la même zone géographique, il doit pour cela obtenir une autorisation du Gouvernement sans préjudice des dispositions relatives à la création de cours.

Si, dans la même zone géographique, le même cours est déjà dispensé dans plus d'un institut de formation scolaire continuée, le Gouvernement peut, après concertation avec les instituts concernés, décider de ne plus poursuivre l'organisation ou le subventionnement de ce cours dans un ou plusieurs instituts, et ce sans préjudice des dispositions relatives à la création de cours.

La décision visée au 4e alinéa est subordonnée aux critères visant à éviter le regroupement de plusieurs années d'études en vue d'atteindre les normes de population scolaire, à privilégier la mise au travail d'enseignants en chômage complet ou partiel, à utiliser de préférence un matériel scolaire plus moderne recourant aux possibilités techniques et pédagogiques offertes par les nouveaux médias, à privilégier les cours proposés en collaboration avec d'autres pouvoirs organisateurs de formations et à amener les différents instituts à pratiquer, de commun accord, une spécialisation des cours proposés.

Sous réserve des dispositions du §1, les cours d'une année d'études fréquentés par au moins 16 élèves ne sont pas soumis aux dispositions du 4e alinéa.

§ 3. Les cours comprennent 20, 40, 80, 120, 160, 200 ou 240 périodes par année.

§ 4. L'arrêté royal n° 461 du 17 septembre 1986 fixant le plan de rationalisation et de programmation de l'enseignement de promotion sociale, modifié par le décret du 27 juin 1990, est abrogé.

Section 5. — Formation et formation continue dans les Classes moyennes

Art. 5. L'article 2 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les PME est complété comme suit :

« Le Gouvernement peut étendre l'application du présent décret aux métiers déterminés par lui sur avis de l'Institut et du Comité subrégional de l'emploi et de la formation. »

Section 6. — Organisation de la formation professionnelle et emploi

Art. 6. L'article 4, § 2, alinéa 1er, 1° du décret du 19 décembre 1988 organisant la formation professionnelle, modifié par le décret du 29 juin 1992, est abrogé.

Art. 7. § 1er. L'article 5, alinéa 1er du même décret, modifié par le décret du 29 juin 1992, est modifié comme suit :

a) au point 2°, le passage « ainsi que la fixation de leur statut » est supprimé;

b) le point 6° est remplacé comme suit :

« 6° la détermination du personnel nécessaire à l'exécution des tâches communes à la Région et à la Communauté; »

§ 2. Le même article est complété par l'alinéa suivant :

« En outre, les statuts de l'organisme doivent prévoir que les dispositions du statut du personnel propres à l'établissement ainsi que son cadre seront déterminés par le Gouvernement wallon, moyennant l'accord préalable du Gouvernement de la Communauté germanophone ».

Art. 8. L'article 9, alinéa 1er du même décret est complété comme suit :

« L'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone peut être remplacé par l'accord préalable du Gouvernement quant à l'arrêté du Gouvernement de la Région wallonne si les statuts de l'organisme d'intérêt public le prévoient. »

Art. 9. Un article *7bis*, libellé comme suit, est inséré après l'article 7 du décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures en faveur de l'emploi :

« Article *7bis*. § 1er. Le Gouvernement de la Communauté germanophone peut accorder aux institutions de médiation de dettes reconnues, visées à l'article 3, 2° du décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes, des subventions destinées aux frais de personnel encourus pour le personnel administratif et de coordination, subventions dont le montant est limité par les crédits mis à cette fin à la disposition de la Communauté germanophone par d'autres instances officielles dans le cadre de mesures favorisant l'emploi.

§ 2. Sont considérés comme frais de personnel pour lesquels des subventions peuvent être accordées le montant brut du traitement, le pécule de vacances, les primes de fin d'année décidées au sein de la Commission paritaire compétente et l'assurance pour accidents du travail des membres du personnel occupés qui exercent une fonction technico-administrative ou coordinatrice, ainsi que les cotisations patronales dues en application de la législation sur la sécurité sociale des travailleurs.

§ 3. Pour pouvoir recevoir des subventions aux frais de personnel pour le personnel administratif et de coordination, la classification de ce personnel établie par l'employeur ainsi que le montant minimal des traitements en résultant doivent respecter les directives de la Commission paritaire compétente.

§ 4. Le Gouvernement de la Communauté germanophone fixe la nature des documents à introduire en vue de l'octroi et du contrôle de l'utilisation des subventions, les délais d'introduction de ceux-ci, les conditions d'octroi d'avances ainsi que les conditions dans lesquelles une subvention annuelle peut être accordée pour plus d'un membre du personnel administratif ou de coordination par association. »

CHAPITRE II. — Culture

Section 1re. — Bibliothèques publiques

Art. 10. L'article 20 du décret du 15 juin 1994 relatif aux bibliothèques publiques est complété par l'alinéa suivant :

« Le Gouvernement peut porter ce pourcentage à 75% maximum pour les catégories II et III et à 85 % maximum pour la catégorie I. »

Art. 11. A l'article 22 du même décret, le nombre « 70 » est remplacé par le nombre « 90 ».

Section 2. — Tourisme

Art. 12. § 1er. A l'article 4, 1° de l'arrêté réglementaire du 16 juin 1980 fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement des syndicats d'initiative ou de tourisme de la région de langue allemande, le pourcentage « 50 % » est remplacé par « 15 % ».

§ 2. L'article 4, 2° du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« 2° une subvention de fonctionnement pour les bureaux d'informations touristiques dont le montant ne peut excéder 60 % des crédits disponibles; cette subvention est calculée sur la base des heures d'ouverture, du nombre et de la qualification des membres du personnel ainsi que des prestations fournies;

3° une subvention pour l'organisation et la réalisation de manifestations et d'animations touristiques dont le montant ne peut excéder 25 % des crédits disponibles; cette subvention est calculée sur la base du nombre de manifestations ou d'activités ayant eu lieu en tenant compte du fait qu'elles ont été réalisées en régie propre ou en collaboration avec d'autres organisations. »

Art. 13. L'article 6, § 1er du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances est complété par un quatrième alinéa libellé comme suit :

« Cette prime doit être remboursée selon les modalités fixées par le Gouvernement dans les 10 ans de sa liquidation ou de la liquidation de la dernière tranche. Cette disposition est applicable aux projets pour lesquels la demande de subsides a été introduite après le 31 mars 1997. »

Section 3. — Modification de la loi du 6 février 1987 relative aux réseaux de radiodistribution et télédistribution et à la publicité commerciale à la radio et à la télévision

Art. 14. L'article 12, § 2 de la loi du 6 février 1987 relative aux réseaux de radiodistribution et télédistribution et à la publicité commerciale à la radio et à la télévision est abrogé.

Section 4. — Création d'un fonds budgétaire pour promouvoir la création d'œuvres audiovisuelles, sonores et multimédias

Art. 15. Il est créé en Communauté germanophone un fonds budgétaire pour promouvoir la création d'œuvres audiovisuelles, sonores et multimédias.

Le fonds correspond à un fonds budgétaire au sens de l'article 45 des lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées par l'arrêté royal du 17 juillet 1991.

Art. 16. Le fonds peut disposer de recettes émanant de :

1° redevances prélevées par la Communauté germanophone pour la location de toute oeuvre, d'appareillage et d'infrastructures dans le domaine des médias;

2° rétributions que perçoit la Communauté germanophone en application de l'article 58, § 2 de la loi du 30 juin 1994 relative au droit d'auteur et aux droits voisins;

3° taxes versées par les télédiffuseurs reconnus par la Communauté germanophone.

Art. 17. Les crédits du fonds sont spécialement utilisés pour la réalisation de coproductions et pour promouvoir la création d'œuvres audiovisuelles, sonores et multimédias.

Art. 18. Le Gouvernement désigne un comptable qui établit chaque année un rapport sur la situation des comptes.

Chaque année au mois de mai, le Gouvernement soumet au Conseil un rapport relatif aux recettes et dépenses effectuées dans le cadre du Fonds ainsi qu'aux initiatives soutenues et aux critères de subventionnement appliqués.

Section 5. — Jeunesse

Art. 19. L'article 3 de l'arrêté réglementaire du 3 juillet 1978 relatif aux critères d'agrément et de subventionnement pour les organisations et centres de jeunesse dans la Région de langue allemande est complété par un § 4 libellé comme suit :

« § 4. Les associations qui ne répondent pas aux conditions particulières énumérées au § 2 mais qui visent :

— soit à faciliter l'accès des jeunes à la culture, à la formation et aux loisirs, à promouvoir leur mobilité en leur permettant ainsi de participer plus activement à la « vie européenne », à les rendre davantage conscients de leur identité européenne commune et à leur permettre de mieux comprendre la diversité sociale et culturelle en Europe;

— soit à susciter l'intérêt des jeunes pour les différentes formes d'expression culturelle et à offrir aux jeunes artistes d'autres possibilités de se produire en public,

peuvent également être reconnues en tant qu'organisations de la jeunesse d'expression allemande. »

CHAPITRE III. — *Famille et affaires sociales*

Section 1re. — Centres publics d'aide sociale

Art. 20. L'article 56, § 2 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale, modifiée par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante :

« § 2. Le Conseil de l'aide sociale peut également engager le personnel nécessaire pour accomplir des tâches urgentes ou imprévues; cet engagement peut éventuellement être effectué hors cadre. »

Section 2. — Aide à la jeunesse

Art. 21. Dans l'article 19 du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse, l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1er et 2 :

« Le Gouvernement peut, dans le cadre d'un contrat, confier des tâches du service d'aide à la jeunesse à des personnes physiques ou morales. Les dispositions du présent chapitre s'appliquent à ces personnes. »

Art. 22. Dans l'article 26, § 1^{er} du même décret, l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1er et 2 :

« Le Gouvernement peut, dans le cadre d'un contrat, confier des tâches du service d'aide judiciaire à la jeunesse à des personnes physiques ou morales. Les dispositions du présent chapitre s'appliquent à ces personnes. »

Dans l'article 26, § 1er, alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, le passage « l'article 19, alinéa 2 » est remplacé par le passage « l'article 19, alinéa 3 ».

Art. 23. § 1er. A l'article 27, § 3 du même décret, les mots « durée maximale de sept jours » sont remplacés par les mots « durée maximale de quinze jours » et les mots « après trois jours » sont remplacés par les mots « après sept jours ».

§ 2. A l'article 27 du même décret, il est inséré un § 4 libellé comme suit :

« § 4. Par dérogation au § 1er, le tribunal de la jeunesse peut, dans les cas suivants, être saisi directement par le procureur du Roi d'une affaire concernant un jeune :

1° lorsqu'une personne majeure est suspectée d'avoir commis un fait qualifié infraction à l'égard d'un jeune et qu'il s'avère nécessaire de prendre une mesure en vue de protéger ce jeune;

2° lorsque, sur la base du présent décret ou de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse est déjà saisi d'un dossier concernant un jeune et que le procureur du Roi juge nécessaire de prendre une mesure à l'égard d'un autre jeune de la même famille;

3° lorsqu'une mesure adoptée à l'égard d'un jeune a pris fin il y a moins d'un an auprès du tribunal de la jeunesse et qu'il s'avère à nouveau nécessaire d'adopter une mesure à l'égard de ce jeune. »

Art. 24. L'article 28 du même décret est complété comme suit :

« 13° ne confier le jeune qu'à l'un de ses parents pour une durée maximale de deux ans. »

Art. 25. A l'article 30, alinéa 2 du même décret, les mots « et 12° » sont remplacés par les mots « 12° et 13° ».

Art. 26. Il est inséré, dans le même décret, un article 32*bis* libellé comme suit :

« Article 32*bis*. Dans le cadre des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut déterminer dans un contrat de gestion et selon les modalités fixées par lui, le financement ainsi que les conditions auxquelles les personnes visées à l'article 32 remplissent leur tâche. »

Art. 27. Le membre de phrase liminaire de l'article 37, alinéa 1 du même décret est remplacé par le membre de phrase suivant :

« Nonobstant l'application de l'article 32*bis*, le Gouvernement fixe les conditions ».

CHAPITRE IV. — *Redevances radio-tv*

Art. 28. En application de l'article 5*bis*, 5, alinéa 1er de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions, le Gouvernement est habilité à assurer, selon les règles procédurales fixées par lui, la perception des redevances radio-TV qui doit être effectuée par la Communauté germanophone.

CHAPITRE V. — *Entrée en vigueur*

Art. 29. Sauf dispositions contraires, le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication.

Art. 30. Le Gouvernement fixe la date d'entrée en vigueur des articles 6 et 7 et rend possible, le cas échéant, une concordance avec la date à laquelle des prescriptions analogues de la Région wallonne entrent en vigueur.

Art. 31. Les articles 1er et 2 sortissent leurs effets au 2 septembre 1996.

Les articles 3 et 4 entrent en vigueur le premier jour de classe de l'année scolaire 1997-1998.

L'article 28 produit ses effets au 1er janvier 1997.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 mai 1997.

J. MARAITE

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Finances, des Relations internationales, de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation, des Médias et des Affaires sociales

W. SCHRÖDER

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture, de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 97 — 1324

[C — 97/33066]

20 MEI 1997. — *Programmadecreet 1997 (1)*

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Onderwijs en vorming*

Afdeling 1. — Afwijkingen van het decreet van 18 april 1994

tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs

Artikel 1. De bedragen opgenomen onder punt 6° van de bijlage bij het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs worden voor het schooljaar 1996-1997 en het schooljaar 1997-1998 met 20 % verminderd en niet in toepassing van artikel 7 van hetzelfde decreet aan de schommelingen van het indexcijfer gekoppeld.

Onverminderd de bepaling van het voorafgaande lid en in afwijking van artikel 7 van hetzelfde decreet worden alle andere toelagenbedragen die vastgelegd zijn in hetzelfde decreet, voor het schooljaar 1996-1997 en voor het schooljaar 1997-1998 verhoogd door een koppeling aan het indexcijfer, waarbij :

1° het indexcijfer van september 1992 (113,17) als basisindexcijfer geldt;

2° het indexcijfer van september 1995 (120,64) als nieuw indexcijfer geldt.

(1) *Zitting 1996-1997*

Bescheiden van de Raad: 78 (1996-1997) nr. 1. — Ontwerp van decreet.

78 (1996-1997) nrs 1-12. — Voorstellen tot wijziging.

78 (1996-1997) nr. 13. — Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 20 mei 1997.

Afdeling 2. — Aanvulling van het programmadecreet van 4 maart 1996

Art. 2. Artikel 15 van het programmadecreet van 4 maart 1996 wordt met volgende lid aangevuld :

« Voor de lycea die vanaf het schooljaar 1991-1992 in athenea zijn omgezet, wordt het in toepassing van lid 1 berekend aantal lestijden/leerkracht met 9,7 % verhoogd. »

Afdeling 3. — Berekening van het aantal lestijden/leerkracht
voor de inrichtingen van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I voor het schooljaar 1997-1998

Art. 3. § 1. Voor de toepassing van dit artikel verstaat men onder :

1° lestijden/leerkracht : het aantal lestijden dat wekelijks besteed wordt aan het onderwijzen van de leervakken en de andere prestaties die in het uurrooster mogen opgenomen worden, met uitzondering van de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer.

2° eerste graad : de eerste graad van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, t.w. het eerste jaar A, het tweede gemeenschappelijke jaar, het eerste jaar B en het tweede jaar van het beroepsonderwijs;

3° tweede graad : de tweede graad van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, met inbegrip van het vervolmaking- en/of specialisatiejaar ingericht na de tweede graad;

4° derde graad : de derde graad van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I, met inbegrip van het vervolmaking- en/of specialisatiejaar, alsmede van het zevende jaar van het beroepsonderwijs bezocht met het oog op het verkrijgen van het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs, leerjaren die na de derde graad ingericht zijn;

5° doorstromingsafdeling van het technisch onderwijs van groep A in de tweede en de derde graad : de doorstromingsafdeling van het technisch onderwijs omvattende de afdelingen :

- a) informatica;
- b) muziekhumaniora;
- c) handelstechniek;
- d) sport - tennis;
- e) menswetenschappen;

6° doorstromingsafdeling van het technisch onderwijs van groep B in de tweede en de derde graad : de doorstromingsafdeling van het technisch onderwijs omvattende de afdelingen :

- a) elektromechanica;

7° kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep A in de tweede en de derde graad : de kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs omvattende de afdelingen :

- a) moderne talen en communicatie;
- b) secretariaat en talen;
- c) toerisme en toegepaste economische wetenschappen;
- d) toeristische en toegepaste administratieve informatica;
- e) handel en kantoorautomatisering;
- f) administratie/organisatie/kantoorautomatisering;
- g) dienstverleningen op het sociaal gebied;
- h) tertiaire activiteiten;
- i) secretariaat;
- j) opvoeding;

8° kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep B in de tweede en de derde graad : de kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs omvattende de afdelingen :

- a) toegepaste visuele kunsten en grafische kunsten;
- b) biotechniek;
- c) scheikunde/chemie en biochemie;
- d) elektromechanica;
- e) electriciteit/elektrotechnieken - elektronica;
- f) industriële electriciteit/elektrotechnieken;
- g) industriële elektronica;
- h) schrijnwerk;
- i) bouwkundig tekenen en openbare werken;
- j) landbouw;
- k) electriciteit/elektrotechnieken;
- l) mechanica;
- m) hout - schrijnwerk;
- n) industriële electriciteit/elektrotechnieken;

9° beroepsonderwijs van groep A in de tweede en de derde graad : het beroepsonderwijs omvattende de afdelingen :

- a) handelscorrespondenten/handelsagenten;
- b) kantoorwerk;
- c) kantoorbanen;
- d) kantoorbanen - informatica;

10° beroepsonderwijs van groep B in de tweede en de derde graad : het beroepsonderwijs omvattende de afdelingen :

- a) gezins- en sociale hulp;
- b) schrijnwerk;
- c) hulpkok en kookkunst voor collectiviteiten;
- d) kookkunst;
- e) gastronomie-technieken hotelbedrijf;
- f) kappershulp;
- g) kapper;
- h) metalen constructies - lassen;
- i) mechanica voor de verspaning;
- j) mechanica voor de verspaning - CNC;
- k) houtbewerking (bouw en industrie);
- l) landbouw;
- m) elektrotechniek en metaal;
- n) elektrische installaties;
- o) mechanica;
- p) hout - schrijnwerk;
- q) houtbewerking;
- r) garage elektromechanica;
- s) diesel, hydraulica, pneumatica;
- t) dienstverleningen aan personen;
- u) gezins- en sanitaire hulp;
- v) kleding;
- w) kleding/vermaken/verkoop;

§ 2. Voor het schooljaar 1997-1998 en in afwijking van de artikels 2 en 3 van het decreet van 5 juni 1990 tot vaststelling van het aantal lestijden/leerkracht voor het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I bekomt men het aantal lestijden/leerkracht van een inrichting van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I door volgende berekeningen uit te voeren waarvan de uitkomsten zullen worden afgerond :

1° Wat de eerste graad betreft, wordt het aantal lestijden/leerkracht toegekend voor het eerste jaar A en het tweede gemeenschappelijke jaar als volgt berekend :

- a) voor elke begonnen groep van 21 leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de beide bovenvermelde studiejaren zijn ingeschreven, verkrijgt de onderwijsinrichting 20 lestijden;
- b) die onderwijsinrichting verkrijgt bovendien 0,9 lestijd per leerling tot en met 90 leerlingen en daarna 0,4 voor elke bijkomende leerling.

2° Wat de eerste graad betreft, wordt het aantal lestijden/leerkracht toegekend voor het eerste jaar B en het tweede jaar van het beroepsonderwijs als volgt berekend :

- a) voor elke begonnen groep van 12 leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de beide bovenvermelde studiejaren regelmatig zijn ingeschreven, verkrijgt de onderwijsinrichting 20 lestijden;
- b) die onderwijsinrichting verkrijgt bovendien 1,4 lestijden per leerling tot en met 40 leerlingen en daarna 0,7 voor elke bijkomende leerling.

3° Voor het schooljaar 1997-1998 verkrijgt elke onderwijsinrichting van het secundair onderwijs met volledig leerplan van het type I als aanvulling bij het lestijdenpakket berekend krachtens de punten 1 en 2 een aantal lestijden/leerkracht berekend als volgt voor de algemene pedagogische organisatie en coördinatie :

- a) elke onderwijsinrichting worden 5 lestijden/leerkracht toegekend;
- b) voor elke leerling die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de eerste graad regelmatig was ingeschreven, verkrijgt de onderwijsinrichting 0,05 bijkomende lestijd.

4° voor het algemeen onderwijs wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de tweede graad van deze onderwijsvorm regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,2 tot 40 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

5° voor het algemeen onderwijs wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de derde graad van deze onderwijsvorm regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,2 tot 40 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

6° voor de doorstromings- of kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep A wordt het aantal leerlingen, die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de tweede graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,3 tot 20 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

7° voor de doorstromings- of kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep B wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de tweede graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 4,2 tot 20 leerlingen inbegrepen en 3,3 voor elke bijkomende leerling;

8° voor de doorstromings- of kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep A wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de derde graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,3 tot 20 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

9° voor de doorstromings- of kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs van groep B wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de derde graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 4,2 tot 20 leerlingen inbegrepen en 3,3 voor elke bijkomende leerling;

10° voor het beroepsonderwijs van groep A wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de tweede graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,2 tot 20 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

11° voor het beroepsonderwijs van groep B wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de tweede graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 4,1 tot 20 leerlingen inbegrepen en 3,3 voor elke bijkomende leerling;

12° voor het beroepsonderwijs van groep A wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de derde graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, met uitzondering van het na de derde graad ingerichte en met het oog op het verkrijgen van het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs bezochte zevende jaar van het beroepsonderwijs, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,2 tot 20 leerlingen inbegrepen en 1,4 voor elke bijkomende leerling;

13° voor het beroepsonderwijs van groep B wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in de derde graad van deze onderwijsvorm in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, met uitzondering van het na de derde graad ingerichte en met het oog op het verkrijgen van het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs bezochte zevende jaar van het beroepsonderwijs, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 4,1 tot 20 leerlingen inbegrepen en 3,3 voor elke bijkomende leerling;

14° voor het na de derde graad ingerichte en met het oog op het verkrijgen van het eindgetuigschrift van het hoger secundair onderwijs van groep A en van groep B bezochte zevende jaar van het beroepsonderwijs, wordt het aantal leerlingen die op 30 september van het schooljaar 1996-1997 in dit studiejaar in de betrokken afdeling regelmatig zijn ingeschreven, vermenigvuldigd met een coëfficiënt 3,8 tot 20 leerlingen inbegrepen en 3,3 voor elke bijkomende leerling;

Afdeling 4. — Vastlegging van het lestijdenpakket en organisatie van cursussen in de voortgezette schoolopleiding

Art. 4. § 1. De instituten voor voortgezette schoolopleiding verkrijgen elk schooljaar een lestijdenpakket dat gelijk is aan het lestijdenpakket van het schooljaar 1996-1997. In het kader van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering dit lestijdenpakket met een bepaalde percentage verhogen dat voor alle instituten gelijk moet zijn en 10 % niet mag overschrijden.

De overdracht van een lestijdenpakket tussen verscheidene instituten voor voortgezette schoolopleiding is toegelaten.

§ 2. Dankzij dit lestijdenpakket kunnen de instituten voor voortgezette schoolopleiding cursussen organiseren, die ten minste door 8 leerlingen moeten worden bezocht. Indien cursussen die zich over meerdere jaren uitstrekken minder dan 8 leerlingen tellen, moeten de verscheidene leerjaren samengevoegd worden, totdat de norm van 8 leerlingen bereikt wordt. Cursussen die ten minste één jaar duren of eerste jaren van cursussen die zich over meerdere jaren uitstrekken, moeten ten minste 8 leerlingen tellen.

De Regering kan bepalen dat cursussen op het technisch-industrieel gebied van deze norm kunnen afwijken.

Indien een instituut voor voortgezette schoolopleiding een cursus wil openen dat binnen dezelfde geografische zone al door een ander instituut wordt aangeboden, hoeft het instituut een vergunning van de Regering te krijgen, ongeacht de bepalingen betreffende de schepping van cursussen.

Indien hetzelfde cursus binnen dezelfde geografische zone al in meer dan één instituut voor voortgezette schoolopleiding wordt aangeboden, kan de Regering - na overleg met de betrokken instituten - beslissen het cursus in één of meerdere instituten niet meer te organiseren of te subsidiëren, ongeacht de bepalingen betreffende de schepping van cursussen.

De in het vierde lid bedoelde beslissing is onderworpen aan de criteria die vastgelegd werden om te vermijden dat verscheidene studiejaar samengevoegd worden met het oog op het bereiken van de normen inzake schoolbevolking, om de voorkeur te geven aan de tewerkstelling van volledige of gedeeltelijke werkloze leraren, om het gebruik van de meest moderne leermiddelen te bevorderen die de technische en pedagogische mogelijkheden van de nieuwe media toepassen, om eerder de cursussen in samenwerking met andere inrichtende machten van opleidingen te verkiezen, en om een specialisatie van de aangeboden cursussen te bereiken dankzij eensgezinde instituten.

Behoudens de bepalingen van § 1 zijn de cursussen van een leerjaar die door ten minste 16 leerlingen bezocht worden, aan de bepalingen van het vierde lid niet onderworpen.

§ 3. Cursussen omvatten 20, 40, 80, 120, 160, 200 of 240 lestijden per jaar.

§ 4. Het koninklijk besluit n. 461 van 17 september 1986 houdende het rationalisatie- en programmatieplan van het onderwijs voor sociale promotie, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 1990, wordt opgeheven.

Afdeling 5. — Opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand

Art. 5. Artikel 2 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's wordt door de volgende bepaling aangevuld :

« De Regering kan de toepassing van dit decreet tot de beroepen uitbreiden die door haar, op advies van het instituut en van de subregionale tewerkstellingsdienst, bepaald worden. »

Afdeling 6. — Organisatie van de beroepsopleiding en tewerkstelling

Art. 6. Artikel 4, § 2, lid 1, 1° van het decreet van 19 december 1988 houdende organisatie van de beroepsopleiding, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1992, wordt opgeheven.

Art. 7. § 1. Artikel 5, lid 1 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1992, wordt gewijzigd als volgt :

a) in punt 2° wordt de passus « alsmede de vastlegging van hun statuut » geschrapt;

b) punt 6° wordt vervangen als volgt :

« 6° de vastlegging van het personeel dat noodzakelijk is om de gemeenschappelijke taken van het Gewest en de Gemeenschap uit te voeren. »

§ 2 - Hetzelfde artikel wordt met volgend lid aangevuld :

« Bovendien moeten de statuten van de instelling erin voorzien dat de bepalingen van het statuut van het personeel die de instelling eigen zijn, alsmede haar personeelsformatie door de Waalse Regering worden vastgelegd mits voorafgaand akkoord van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 8. Artikel 9, lid 1 van hetzelfde decreet wordt aangevuld als volgt :

« Het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap kan worden vervangen door het voorafgaand akkoord van de Regering over het besluit van de Regering van het Waalse Gewest, indien de statuten van het organisme van openbaar nut erin voorzien. »

Art. 9. Na artikel 7 van het decreet van 25 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid wordt een artikel *7bis* ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel *7bis*. § 1. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap kan de erkende instellingen voor schuldbemiddeling, bedoeld in artikel 3, 2° van het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden, toelagen toekennen voor de personeelskosten van het aangestelde administratieve en coördinatiepersoneel, toelagen waarvan het bedrag beperkt wordt door de middelen die ter beschikking van de Duitstalige Gemeenschap worden gesteld door andere officiële instanties in het kader van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid.

§ 2. Als personeelskosten waarvoor toelagen kunnen worden toegekend, gelden het brutobedrag van de wedde, het vakantiegeld, de eindejaarspremie besloten in het midden van het bevoegde paritaire Comité en de verzekering tegen ongevallen voor de aangestelde personeelsleden die een technisch-administratieve of coördinatiefunctie uitoefenen, alsmede de bijdragen die de werkgever in toepassing van de wetgeving betreffende de sociale zekerheid van de werknemers moet betalen.

§ 3. Om toelagen voor de personeelskosten van het administratieve en coördinatiepersoneel te mogen bekomen, moeten de door de werkgever opgestelde classificering van het administratieve en coördinatiepersoneel alsmede het daaruit resulterend minimaal bedrag van de wedden aan de richtlijnen van het bevoegde paritaire Comité beantwoorden.

§ 4. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap bepaalt de aard van de documenten die met het oog op de toekenning van en het toezicht op de aanwending van de toelagen moeten worden ingediend, de termijnen om deze documenten in te dienen, de voorwaarden voor de toekenning van voorschotten, alsmede de voorwaarden waaronder een jaarlijkse toelage voor meer dan één lid van het administratieve en coördinatiepersoneel per vereniging mag worden toegekend. »

HOOFDSTUK II. — *Cultuur**Afdeling 1. — Openbare bibliotheken*

Art. 10. Artikel 20 van het decreet van 15 juni 1994 over de openbare bibliotheken wordt met volgend lid aangevuld :

« De Regering kan dit percentage tot maximaal 75% verhogen voor de categorieën II en III en tot maximaal 85 % voor de categorie I. »

Art. 11. In artikel 22 van hetzelfde decreet wordt het getal « 70 » door het getal « 90 » vervangen.

Afdeling 2. — Toerisme

Art. 12. § 1. In artikel 4, 1° van het reglementair besluit van 16 juni 1980 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder verenigingen voor vreemdelingenverkeer of voor toerisme van het Duitse taalgebied worden erkend en werkingstoelagen kunnen bekomen, wordt het percentage « 50 % » door het percentage « 15 % » vervangen.

§ 2. Artikel 4, 2° van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« 2° een werkingstoelage voor de V.V.V.-kantoren, die 60% van de beschikbare middelen niet mag overschrijden; deze toelage wordt berekend op basis van de openingsuren, van het aantal en de kwalificatie van de personeelsleden alsmede van de geleverde prestaties;

3° een toelage voor de organisatie en de uitvoering van toeristische manifestaties en animaties, die 25 % van de beschikbare middelen niet mag overschrijden; deze toelage wordt berekend op basis van het aantal manifestaties en activiteiten rekening houdend met het feit dat zij in eigen regie of in samenwerking met andere organisaties worden uitgevoerd. »

Art. 13. Artikel 6, § 1 van het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen wordt aangevuld met een vierde alinea dat luidt als volgt :

« Die premie moet overeenkomstig de door de Regering vastgelegde modaliteiten binnen de 10 jaar na de uitbetaling ervan of na de uitbetaling van de laatste schijf ervan terugbetaald worden. Die bepaling is toepasselijk op de projecten waarvoor de subsidiëeringsaanvraag na 31 maart 1997 werd ingediend. »

Afdeling 3. — Wijziging van de wet van 6 februari 1987

betreffende de radiodistributie- en teledistributienetten en betreffende de handelspubliciteit op radio en televisie

Art. 14. Artikel 12, § 2 van de wet van 6 februari 1987 betreffende de radiodistributie- en teledistributienetten en betreffende de handelspubliciteit op radio en televisie wordt opgeheven.

*Afdeling 4. — Oprichting van een begrotingsfonds
ten einde de schepping van audiovisuele, geluids- en multimediale werken te bevorderen*

Art. 15. Er wordt in de Duitstalige Gemeenschap een begrotingsfonds opgericht ten einde de oprichting van audiovisuele, geluids- en multimediale werken te bevorderen.

Het fonds is een begrotingsfonds in de zin van artikel 45 van de wetgeving op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd door het koninklijk besluit van 17 juli 1991.

Art. 16. Het fonds kan, voor zover zij wegens hun specificiteit niet eerder onder een ander begrotingsfonds moeten worden ingeschreven, over ontvangsten beschikken die voortvloeien uit :

1° retributies die door de Duitstalige Gemeenschap worden geheven voor de verhuur van elk werk, van gereedschap of van infrastructuur in de mediasector;

2° vergoedingen die de Duitstalige Gemeenschap int met toepassing van artikel 58, § 2 van de wet van 30 juni 1994 betreffende het auteursrecht en de naburige rechten;

3° taksen die betaald worden zijdens de door de Duitstalige Gemeenschap erkende maatschappijen voor kabeltelevisie.

Art. 17. De middelen van het Fonds worden gebruikt met name om coproducties te realiseren en de schepping van audiovisuele, geluids- en multimediale werken te bevorderen.

Art. 18. De Regering wijst een rekenplichtige aan die jaarlijks een verslag uitbrengt over de situatie van de rekeningen.

Jaarlijks in de loop van de maand mei dient de Regering een activiteitsverslag bij de Raad in over de verschillende ontvangsten en uitgaven van het Fonds en over de bevorderde initiatieven en de toegepaste subsidiëeringscriteria.

Afdeling 5. — Jeugd

Art. 19. « Artikel 3 van het reglementair besluit van 3 juli 1978 betreffende de erkennings- en subsidiëeringscriteria voor de jeugdorganisaties en jeugdcentra in het Duitstalige taalgebied wordt aangevuld met een § 4 dat luidt als volgt :

« § 4. Verenigingen die aan de bijzondere voorwaarden opgenomen in § 2 niet voldoen, waarvan het doeleinde echter erin bestaat :

— jongeren de toegang tot de cultuur, de opleiding en de vrijetijdsbesteding te vergemakkelijken, de mobiliteit van de jongeren te bevorderen zodat zij meer aan het Europees leven deelnemen, hen er beter van bewust te maken dat zij een gemeenschappelijke Europese identiteit hebben en hen in staat te stellen om de sociale en culturele diversiteit in Europa beter te begrijpen;

— of bij de jongeren belangstelling te wekken voor de culturele uitdrukkingvormen en jonge kunstenaars een andere mogelijkheid aan te bieden openbaar op te treden,

kunnen ook als organisaties van de Duitstalige jeugd worden erkend. »

HOOFDSTUK III. — Gezin en sociale aangelegenheden

Afdeling 1. — Openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Art. 20. Artikel 56, § 2 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« § 2 - De raad voor maatschappelijk welzijn kan ook het personeel in dienst nemen dat noodzakelijk is om dringende en onvoorzienbare taken te vervullen. Die aanwerving kan ook buiten de perken van de personeelsformatie gebeuren. »

Afdeling 2. — Jeugdbijstand

Art. 21. In artikel 19 van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand wordt tussen lid 1 en lid 2 volgend lid ingevoegd :

« De Regering kan, in het kader van een verdrag, natuurlijke of rechtspersonen met de opdrachten van de dienst voor jeugdbijstand belasten. De bepalingen van dit hoofdstuk zijn van toepassing op deze personen. »

Art. 22. In artikel 26, § 1 van hetzelfde decreet wordt tussen lid 1 en lid 2 volgend lid ingevoegd :

« De Regering kan, in het kader van een verdrag, natuurlijke of rechtspersonen met de opdrachten van de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand belasten. De bepalingen van dit hoofdstuk zijn van toepassing op deze personen. »

In artikel 26, § 1, lid 2, dat het derde lid wordt, wordt de passus « artikel 19, lid 2 » door de passus « artikel 19, lid 3 » vervangen.

Art. 23. § 1. In artikel 27, § 3 van hetzelfde decreet worden de woorden « maximumduur van zeven dagen » door de woorden « maximumduur van vijftien dagen » en de woorden « na drie dagen » door de woorden « na zeven dagen » vervangen.

§ 2. In artikel 27 van hetzelfde decreet wordt een § 4 ingevoegd dat luidt als volgt :

« § 4. In afwijking van § 1 kan de jeugdrechtbank in volgende gevallen direct door een procureur des Konings met jeugdzaken worden gelast :

1° als een meerderjarige wordt verdacht een als misdrijf omschreven feit tegen een jongere te hebben gepleegd en een maatregel tot bescherming van deze jongere noodzakelijk blijkt;

2° als de jeugdrechtbank op grond van dit decreet of van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming al gelast is met jeugdzaken en de procureur des Konings een maatregel voor een andere jongere behorend tot hetzelfde gezin noodzakelijk acht;

3° als een maatregel genomen t.a.v. een jongere sinds minder dan één jaar bij de jeugdrechtbank is beëindigd en een nieuwe maatregel voor dezelfde jongere noodzakelijk blijkt. »

Art. 24. Artikel 28 van hetzelfde decreet wordt aangevuld als volgt :

« 13° de jongere voor ten hoogste twee jaar slechts aan één der ouders toevertrouwen. »

Art. 25. In artikel 30, lid 2 van hetzelfde decreet worden de woorden « en 12° » door de woorden « 12° en 13° » vervangen.

Art. 26. In hetzelfde decreet wordt een artikel 32bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 32bis. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de door haar vastgelegde modaliteiten kan de Regering de financiering en de voorwaarden waaronder de in artikel 32 bedoelde personen hun opdrachten vervullen, in een beheerscontract vastleggen. »

Art. 27. De inleidende passus van artikel 37, lid 1 van hetzelfde decreet wordt door volgende passus vervangen :

« Onverminderd de toepassing van artikel 32bis stelt de Regering de voorwaarden vast ».

HOOFDSTUK IV. — *Kijk- en luistergeld*

Art. 28. Overeenkomstig artikel 5bis, § 5, lid 1 van de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten wordt de Regering ertoe gemachtigd om, volgens de door haar vastgelegde procedurevoorschriften, voor de heffing van het kijk- en luistergeld te zorgen die de Duitstalige Gemeenschap moet laten doorvoeren.

HOOFDSTUK V. — *Inwerkingtreding*

Art. 29. Behoudens tegenstrijdige bepalingen treedt dit decreet in werking op de dag waarop het bekendgemaakt wordt.

Art. 30. De Regering legt de datum vast waarop de artikels 6 en 7 in werking treden en maakt desgevallend een overeenstemming mogelijk met de datum waarop de gelijksoortige voorschriften van het Waalse Gewest in werking treden.

Art. 31. De artikels 1 en 2 hebben uitwerking met ingang van 2 september 1996.

De artikels 3 en 4 treden in werking op de eerste schooldag van het schooljaar 1997-1998.

Artikel 28 heeft uitwerking met ingang van 1 januari 1997.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, op 20 mei 1997.

J. MARAITE

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen, Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd, Vorming, Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER

De Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

MINISTERIE DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

[97/31246]

5 JUIN 1997

Ordonnance portant abrogation de la taxe sur la force motrice (1)

Le Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale a adopté et Nous, Gouvernement sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. La présente ordonnance règle une matière visée à l'article 39 de la Constitution.

(1) *Session ordinaire 1996-1997 :*

Documents du Conseil. — A-147/1 : Projet d'ordonnance . — A-147/2 : Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et adoption : séance du 7 mai 1997.

MINISTERIE VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 97 — 1325

[97/31246]

5 JUNI 1997

Ordonnantie tot opheffing van de belasting op de motorkracht (1)

De Brusselse Hoofdstedelijke Raad heeft aangenomen en Wij, Regering bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Deze ordonnantie regelt een aangelegenheid bedoeld in artikel 39 van de Grondwet.

(1) *Gewone zitting 1996-1997 :*

Documenten van de Raad. — A-147/1 : Ontwerp van ordonnantie. — A-147 : 2 : Verslag.

Volledig verslag. — Bespreking en aanneming : vergadering van 7 mei 1997.